

Religiöse Moral und Politik

Die Ansprüche religiöser Moral und ihre Disziplinierung



Kundgebung vor dem obersten Gerichtshof (USA), anlässlich der Verhandlung des Falls *Burwell versus Hobby Lobby* im Streit um Kontrazeptiva.

MARKUS HUPPENBAUER

Strenggläubige Christen in den USA sprechen sich radikal gegen Abtreibung aus und bedrohen Ärztinnen und Ärzte, welche Abtreibungen vornehmen. Nationalistische Hindus wollen ihr Land von anderen Religionen befreien und so das wahre Indien wiederherstellen. Fanatische Muslime im Mittleren Osten rufen zum Kampf gegen alles auf, was nicht ihrer Vorstellung von religiöser Wahrheit und Lebensführung entspricht. Wie ist solchen Ansprüchen religiöser Moral zu begegnen?

Aufgeklärte, also säkulare Gesellschaft

Viele halten folgendes Narrativ für vernünftig: Obwohl sie, von aussen betrachtet, partikuläre Moralvorstellungen vertreten, haben religiöse Orientierungssysteme und Moral in der Regel einen Absolutheits-

anspruch. Politische und gesellschaftliche Konflikte sind vor diesem Hintergrund vorprogrammiert. Es war ein Fortschritt für die Menschheit, sich im Sinne der Aufklärung an einer nicht-partikularen und für alle Menschen gleichermaßen zugänglichen, vernünftigen Moral zu orientieren.

Damit wurde die Entwicklung hin zu modernen Gesellschaften möglich, in denen die Macht religiöser Orientierungssysteme und Moral durch die Trennung von Staat und Religion eingegrenzt ist. Religionsfreiheit ist zwar ein Menschenrecht, aber nur solange religiöse Menschen die Religionsfreiheit anderer respektieren. Das impliziert, dass die säkulare und aufgeklärte Gesellschaft religiöser Moral Grenzen setzen muss, wenn diese im Konflikt mit grundlegenden Normen des Zusammenlebens in einer freiheitlichen und demokratischen Rechtsordnung steht.

Hohe Legitimitätsansprüche an für alle geltendes staatliches Recht

An politisch-rechtliche Institutionen werden in säkularen Gesellschaften hohe Legitimitätsansprüche gestellt. Was staatlich-rechtlich umgesetzt wird, muss von allen vernünftigerweise akzeptierbar sein, weil es für das Leben aller Folgen hat. Die partikularen moralischen Forderungen der Religionen müssen sich in kritischen Vernunftdiskursen bewähren, wenn sie öffentliche Geltung beanspruchen und rechtliche Umsetzung fordern. Wenn für religiöse Bürger aufgrund ihrer spezifischen Moralvorstellungen und Begründungsdiskurse moderne Menschenrechte und freiheitlich-demokratische Institutionen nicht akzeptabel sind, dann haben sie, etwas überspitzt formuliert, zu schweigen. Klar ist, dass derartige moralische Überzeugungen religiöser Bürgerinnen keine

geeigneten Kandidaten für die Umsetzung in für alle geltendes staatliches Recht sind.

Wie immer ist die Wirklichkeit komplexer

Soweit, so gut. Aber selbstverständlich ist die Wirklichkeit komplexer. Folgende Punkte scheinen mir diesbezüglich relevant. Erstens sind Religionen weder in der Weise auf dem Rückmarsch, noch sind sie so schädlich, wie es das säkulare Narrativ oft suggeriert. Religionen vermitteln für viele Menschen nach wie vor (moralische) Lebensorientierung. Auch wenn dazu oft komplexe Transformationsprozesse nötig sind, können religiöse Überzeugungen zudem als moralische Ressourcen gerade im Hinblick auf Menschenrechte, Demokratie, Minderheitenschutz und Rechtsstaatlichkeit wirken.

Wir haben zweitens gelernt, dass auch säkulare Überzeugungen und Institutionen ins Fundamentalistische und Menschenverachtende abdriften können. Mit Recht hat Charles Taylor deshalb darauf bestanden, dass es nicht primär um die Trennung von Staat und Religion gehe, sondern darum, ob der Staat sowohl religiös wie auch weltanschaulich neutral sei. Weder spezifische Religionen noch säkulare Philosophien dürfen den Staat usurpieren und so Menschen, die andere Überzeugungen haben, diskriminieren. Umfassende normative Orientierungssysteme (Religionen, Philosophien, Weltanschauungen) sollen politisch koexistieren, so dass alle Bürgerinnen und Bürger ein Leben ihrer Wahl leben können. Dies zu ermöglichen ist Aufgabe des Staates.

Drittens ist es alles andere als klar, was genau eine religiöse Moral eigentlich ist. Inhaltlich finden sich für fast jede moralische Position bezüglich fast aller Themen sowohl religiöse wie auch nicht-religiöse Vertreterinnen und Begründungen. Dass sogar

innerhalb derselben religiösen Tradition bezüglich Themen wie spezifische Menschenrechte, Demokratie und Minderheitenschutz unterschiedliche moralische Ansichten zu beobachten sind, macht darüber hinaus deutlich, dass religiöse Moralvorstellungen alles andere als homogen sind.

Viertens hat sich gezeigt, dass es sachlich nicht angemessen ist, von der säkularen Vernunft und ihrer von allen vernünftigerweise akzeptierbaren Moral zu reden. Sowohl von ihren Prinzipien wie auch von ihren Gehalten her sind säkulare Ethiken ebenso umstritten wie religiöse. Die Unterschiede bspw. zwischen kantianischen und utilitaristischen Ethiken sind sehr gross, und es gibt unter Philosophen keine Einigkeit darüber, welche dieser umfassenden Moraltheorien die richtige ist.

Der Verzicht auf die rechtliche Durchsetzung des Wahrheitsanspruchs von Moral

Das erwähnte säkulare Narrativ könnte als liberales Modell bezeichnet werden. Mit der von ihm geforderten Toleranz gegenüber anderen setzt es voraus, dass die jeweiligen Vertreter von Religionen und anderen «umfassenden Lehren» (im Sinne von Rawls) bereit sind, politische Fragen des Zusammenlebens nicht immer gleich zu einer Frage absoluter Wahrheit zu machen. Man muss bereit sein, gesellschaftliche Freiräume bezüglich Moral und Orientierung zuzulassen. Man muss bereit sein, zwischen dem eigenen (moralischen) Orientierungskontext und -anspruch einerseits und Normen und Institutionen, die rechtlich für alle gelten sollen, andererseits zu trennen.

Ich beobachte, dass diese Trennung auch vielen Bürgern liberal-westlicher Länder schwerfällt. Das ist allerdings kein spezifisches Problem religiöser Moral. In vielen

politischen Debatten werden einzelne Fragen (wie die Verhüllung des Gesichts, Abtreibung, Umgang mit Immigranten, Gentechnologie, Sterbehilfe, Tierschutz und selbst das Verhältnis zu staatlicher Regulierung) zu Fragen einer nicht aufgebaren moralischen Identität. Viele moralische und politische Forderungen sind an umfassende Überzeugungen (eben Weltanschauungen und Religionen) gekoppelt, die man nicht leicht preisgibt. Kompromisse, die im Hinblick auf das durch staatliches Recht vermittelte Zusammenleben nötig sind, gelten als etwas für Weicheier und Prinzipienlose.

Um politik- und gemeinschaftsfähig zu bleiben, ist das liberale Narrativ dennoch unverzichtbar. Inwiefern aber ist die liberale Forderung einer Selbstdistanzierung von eigenen fundamentalen Überzeugungen im Hinblick auf politisch-rechtliche Institutionen realistisch? Wird nicht, wer von einer moralischen Position überzeugt ist, gar nicht anders können, als diese für alle geltend zu machen? Diese Frage stellt sich aber nicht nur im Hinblick auf religiöse Moral, sondern im Hinblick auf all jene, die davon überzeugt sind, moralische Wahrheit zu besitzen.

Markus Huppenbauer ist geschäftsführender Direktor des Zentrums für Religion, Wirtschaft und Politik.